

SPANIEN

JÖRG WOLFF

HANS-GÜNTER KELLNER

8. Juni 2009

www.kas-paris.fr

Die Partido Popular (PP) gewinnt in Spanien von innenpolitischen Fragen geprägte Europawahl

Politiker der PP und die Mitarbeiter des KAS-Partners FAES hatten mit ihrem optimistischen Voraussagen der letzten anderthalb Monate recht: Die Partido Popular (PP), die spanische Volkspartei, ist bei den Europawahlen deutlich die stärkste Kraft geworden. Mit 42,23 Prozent liegt sie im Endergebnis fast vier Punkte vor den Sozialisten, die auf 38,51 Prozent der Stimmen kamen. Mariano Rajoy, Vorsitzender der Volkspartei, sprach nach dem Wahlsieg von "einer neuen Mehrheit in Spanien", die bei den Wahlen ihren Wunsch nach einem politischen Wechsel in Spanien erklärt habe. Er erinnerte an das historische Ergebnis seiner Partei von 2000, als sie bei den spanischen Parlamentswahlen die absolute Mehrheit erhielt. Dieses Ergebnis werde sich bald wiederholen, sagte Rajoy seinen Anhängern.

Innenpolitische Themen

Die Wahlen waren auch in Spanien von der Innenpolitik geprägt. Für die Volkspartei (PP) war der Urnengang eine Testwahl, welche die Schwäche der sozialistischen spanischen Regierung zeigen sollte. Sie griff Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero wegen seiner Wirtschaftspolitik hart an und machte sie für den starken Anstieg Arbeitslosenquote auf über 17 Prozent verantwortlich. Die spanische Volkspartei forderte eine Beschränkung der Ausgaben und Steuersenkungen um die Nachfrage anzukurbeln und Unternehmen von der Last der Abgaben zu erleichtern. Die Märkte sollten weiter liberalisiert werden. Ob und wie weit sie auch den Kündigungsschutz lockern möchte, lässt die Partei hingegen weitgehend offen.

Aber auch über die von der Regierung beabsichtigte Reform des Abtreibungsrechts wurde heftig gestritten. Dabei dürfte weniger die beabsichtigte Fristenregelung insgesamt, als vielmehr das Vorhaben, das Jugendliche ab einem Alter von 16 Jahren nicht mehr das Einverständnis ihrer Eltern für einen Schwangerschaftsabbruch benötigen, die Sozialisten viele Stimmen gekostet haben.

Zudem warf die Opposition Regierungschef Zapatero Amtsmissbrauch bei seinen Reisen zu Parteiveranstaltungen vor. Zapatero nutzt dafür einen Jet der spanischen Armee, was er nicht dürfe, da er im Wahlkampf nicht als Regierungschef, sondern als Chef der Sozialisten unterwegs sei.

Die Sozialisten versuchten hingegen, mit diversen mutmaßlichen Korruptionsaffären der Konservativen zu punkten. Die spanische Justiz ermittelt gegen mehrere regionale und kommunale PP-Politiker wegen angeblicher Begünstigungen eines ihrer Partei nahe stehenden Firmennetzwerks. Teilergebnisse gelangten vor der Wahl auf unbekanntem Wege immer wieder an die Presse. Doch weder in Madrid noch in Valencia, wo diese Ermittlungen am weitesten fortgeschritten sind, kostete die Affäre die Volkspartei Stimmen. Im Gegenteil: In Madrid übertraf die PP die Sozialisten um 12 Prozentpunkte, in Valencia um 15 Punkte.



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

JÖRG WOLFF

HANS-GÜNTER KELLNER

8. Juni 2009

Die Konservativen sehen sich damit von den Vorwürfen entlastet. Sie sahen in den Ermittlungen schon vor den Wahlen eine Strategie von angeblich den Sozialisten nahe stehenden Ermittlungsrichtern und Staatsanwälten, die ihre Partei schädigen wollten. Sie stellten damit auch die Unabhängigkeit der spanischen Justiz in Frage und griffen international angesehene Juristen wie den Ermittlungsrichter Baltasar Garzón scharf an. Allerdings verfügt Spanien über eines der unabhängigsten Justizsysteme der westlichen Welt mit einer eigenständigen, nicht von den Justizministerien der Regionen oder des Staats abhängigen Verwaltung. Ermittlungen leiten nicht die Staatsanwälte, sondern unabhängige Ermittlungsrichter.

Und Europa?

Europa spielte bei diesem Wahlkampf zum europäischen Parlament keine Rolle. Die Parteien versteckten ihre europapolitischen Vorstellungen gut, möglicherweise, weil sie sich sehr ähnlich sind. Auch Spaniens Sozialisten unterstützten die Kandidatur des gegenwärtigen EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso für eine zweite Amtszeit. Es wurde weder über die europäische Dimension der weltweiten Wirtschaftskrise diskutiert, noch über den Beitritt der Türkei in die EU oder die Möglichkeiten der EU, die politischen, diplomatischen und militärischen Aktivitäten ihrer Mitgliedsstaaten stärker zu bündeln um so international effektiver auftreten zu können. Die EU-Verfassung, der Vertrag von Lissabon, wurde in diesem Wahlkampf, in dem sich eigentlich die Debatte um die europapolitische Vorstellungen der Parteien zuspitzen sollte, nicht einmal erwähnt.

So wurde vielfach auch in Spanien kritisiert, dass die Kandidatenlisten zum EU-Parlament in ganz Europa vollkommen zweitrangig geworden wären, während es den Parteien eigentlich nur um den Kampf um die innenpolitische Macht gehe. Das Wahlergebnis, so ein bekannter spanischer Beobachter, habe nichts mit der Qualität der Vorschläge zur Zukunft der Union zu tun.

Ganz ähnlich äußerten sich auch viele Wahlhelfer in den Wahllokalen. "Keine Partei hat über Europa geredet, auch meine nicht", sagte eine Vertreterin der Volkspartei in einem Wahllokal im Madrider Viertel Prosperidad. Zudem seien die Spanier die vielen aufeinander folgenden Kommunal-, Regional- und jetzt Europa-Wahlen, die immer wieder zu Testwahlen für das nationale Parlament erklärt würden, leid, kritisierte sie. Ganz ähnlich ist die Stimmung an der Basis der postkommunistischen Vereinigten Linken, die diesmal nur noch 3,73 Prozent erhielten. Die Bedeutung der EU und ihres Parlaments nehme immer mehr zu, aber niemand erkläre den Spaniern die Entscheidungsmechanismen in Brüssel und Straßburg, kritisierte eine Wahlhelferin dieser Gruppierung im Madrider Stadtteil Vallecas.

Damit liefern die Wahlhelfer an der Basis unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit auch eine Erklärung für die seit Jahren niedrige Wahlbeteiligung bei den Europawahlen. In Spanien haben diesmal 46 Prozent gewählt. Das ist immerhin ein Punkt mehr als noch 2005, aber weit entfernt von Werten jenseits der 50 Prozent, die noch bis 1999 erreicht wurden. Spaniens Politiker bewerten diese Beteiligung aber immer noch als zufriedenstellend, schließlich liegt die Beteiligung in ihrem Land noch drei Punkte über dem EU-Durchschnitt.

Erste Schlussfolgerungen

So ist auch die Nachbetrachtung rein innenpolitisch geprägt. Das Wahlergebnis ist eine Konsequenz des Schlingerkurses der Regierung Zapatero, der ohne feste Mehrheiten regiert und punktuell gelegentlich Rücksicht auf bürgerliche Bündnispartner und in anderen Fragen Rücksicht auf linke Fraktionen im spanischen Parlament nimmt. Damit hat er sich jedoch offenbar zwischen alle Stühle gesetzt. In den Pressrunden nach der Wahl rieten zahlreiche Beobachter, Zapatero und noch viel mehr Spanien bräuchten dringend eine zuverlässige

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

JÖRG WOLFF

HANS-GÜNTER KELLNER

8. Juni 2009

Regierungskoalition. Der gegenwärtige Kurs müsse zwar nicht unbedingt zu Neuwahlen führen, verhindere jedoch dringend notwendige Strukturreformen, so die Kritik.

Die Wahl hat für die Konservativen zudem eine parteiinterne Perspektive: Rajoy erklärte, er sehe seinen bei dem im vergangenen Jahr bei einem Parteitag in Valencia eingeschlagenen Kurs bestätigt, als er einen radikalen Schnitt machte und viele noch aus der Aznar-Zeit bekannte Spitzenpolitiker durch jüngere Parteimitglieder ersetzte. Damit schaffte er sich nicht nur Freunde.

Viele Kommentatoren wiesen darauf hin, dass im Grunde sei ein Unterschied von weniger als vier Prozentpunkten zu den regierenden Sozialisten angesichts der katastrophalen Wirtschaftskrise zu gering und knapp sei, um ein Zerbrechen der Regierung vorherzusagen und damit die PP bereits jetzt als Regierung im Wartezustand zu bezeichnen. Dies mag vor dem spanischen Hintergrund richtig sein. Dennoch hat die Volkspartei seit ihrer Niederlage bei den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr eine Reihe guter Wahlergebnisse eingefahren und regiert unangefochten in vielen Regionen. Rajoys Chancen, spätestens 2012 bei den spanischen Parlamentswahlen als unumstrittener Spitzenkandidat der Volkspartei ins Rennen zu gehen, sind damit erheblich gestiegen und damit auch die Chancen auf eine Regierungsübernahme. Insoweit könnte der Eingangs erwähnte Optimismus der PP durchaus seine Berechtigung haben.